

**Auszug aus dem Protokoll  
des Regierungsrates des Kantons Zürich**

KR-Nr. 271/2007

Sitzung vom 21. November 2007

**1724. Anfrage (Auszeit für den Wirtschaftsförderer und Zukunft von Standortmarketing und Zürcher Wirtschaftsförderung)**

Die Kantonsräte Ralf Margreiter, Oberrieden, und Peter Roesler, Greifensee, haben am 17. September 2007 folgende Anfrage eingereicht:

Die Neue Zürcher Zeitung hat in ihrer Ausgabe vom 26. Oktober 2006 unter dem Titel «Zürcher Wirtschaftsförderung unter der Lupe» festgehalten (zitiert nach KR-Protokoll Nr. 182, Sitzung vom 18. Dezember 2006): «Obwohl sich beim Kanton zum jetzigen Zeitpunkt noch niemand konkret zu den Eckpfeilern der künftigen Standortpolitik äussern will, ist klar, dass vor allem die Existenz der im kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit, AWA, angesiedelten Standortförderung unter St. K. in ihrer heutigen Form gefährdet ist.»

Diese Aussage im Vorfeld der Debatte über den Beitrag des Kantons Zürich an die Greater Zurich Area stiess auf Aufmerksamkeit und auf mehrfachen Widerhall im Ratssaal. Im gleichen Artikel wurde auch darauf verwiesen, bereits im November (2006) solle dem Stiftungsrat der GZA von Zürcher Seite ein Vorschlag bezüglich Vorgehen zur Stärkung der GZA unterbreitet werden. Trotz Nachfrage aus dem Ratsplenum verzichtete die zuständige Regierungsrätin Rita Fuhrer auf entsprechende Ausführungen. Seitherige Veröffentlichungen zu konkreten Vorschlägen oder wenigstens der Vorstellung von Volkswirtschaftsdirektion bzw. Regierungsrat zu dieser Frage sind uns nicht bekannt.

In der gleichen Debatte wurde angesichts des Exodus aus der Volkswirtschaftsdirektion auch die Frage aufgeworfen, wie es um die Zukunft des Zürcher Wirtschaftsförderers St. K. bestellt sei: «(...) nicht ganz ohne Fragezeichen oder ohne Nachgeschmack (...) blieb dieser Artikel natürlich angesichts der aktuellen Personalpolitik in der Volkswirtschaftsdirektion. Wenn wir von der Zusammenarbeit oder Nichtzusammenarbeit von GZA und Wirtschaftsförderung lesen, beschleicht uns der leise Verdacht, dass hier vielleicht schon das nächste Kadermitglied auf der Abschussliste von Regierungsrätin Rita Fuhrer steht.» Regierungsrätin Fuhrer schwieg sich über diesen Punkt elegant aus.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Strategie (Aufgabenportefeuille und Ansiedlung der Aufgabenerfüllung) verfolgt der Regierungsrat in Bezug auf Standortmarketing und Standortförderung, insbesondere in der Frage des künftigen Verhältnisses zwischen kantonaler Wirtschaftsförderung und Greater Zurich Area und im Licht der laufenden Reformaktivitäten auf Bundesebene?
2. Welchen Stellenwert misst der Regierungsrat zum heutigen Zeitpunkt der bestehenden kantonalen Wirtschaftsförderung und ihrer Funktion als «Türöffner» zur kantonalen Verwaltung bei? Ist hier ein Strategiewechsel gegenüber dem Status Quo absehbar?
3. In welchem Zusammenhang mit anstehenden Veränderungen bei Wirtschaftsförderung und Standortmarketing ist die kürzlich erfolgte Einstellung im Amt des kantonalen Wirtschaftsförderers zu sehen?

Auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Ralf Margreiter, Oberrieden, und Peter Roesler, Greifensee, wird wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

In seinem Antrag zum Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung von Beiträgen an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing (GZA) für 2007 bis 2010 vom 19. Juli 2006 (Vorlage 4340) legte der Regierungsrat dar, dass er diesen Zeitraum von vier Jahren für eine ganzheitliche Prüfung des Auftrages und der Organisation der interkantonalen und kantonalzürcherischen Standortförderung nutzen werde (Ziff. 7 der Weisung). Daran hat sich nichts geändert; die Arbeiten sind im Gang. Die Tätigkeiten auf Stufe Bund werden aktiv verfolgt und begleitet. Zurzeit arbeiten die Standortförderungsstellen nach den bisherigen Grundsätzen: Die GZA widmet sich der Akquisition von Unternehmen aus dem Ausland. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (Standortförderung) unterstützt Ansiedelungsinteressenten in den zahlreichen Fragen, die sich bei einer Ansiedelung im Kanton stellen (Standortsuche, Bewilligungen, Steuerfragen usw.), und besorgt die Bestandespflege der hiesigen Unternehmen.

Zu Frage 2:

Aus heutiger Sicht zeichnet sich kein Strategiewechsel ab.

Zu Frage 3:

Es besteht diesbezüglich kein Zusammenhang.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Volkswirtschaftsdirektion.

Vor dem Regierungsrat

Der Staatsschreiber:

**Husi**